



Flüchtlingsrat Brandenburg

Eisenhartstr.13
14469 Potsdam
Tel./ Fax: 0331-716499

info@fluechtlingsrat-brandenburg.de
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

Bankverbindung:
Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam
KtoNr.: 350 10 10 000
BLZ: 160 500 00

Italia-Info Februar – Juli 2006, Teil 1

Zuschnitt aus dem Italienischen und Französischen, Quelle: u.a.

www.meltingpot.org

Zusammengestellt von Anna Covelli und Judith Gleitze

Wenn es nicht anders vermerkt ist, werden die Artikel zusammengefasst und NICHT im Ganzen übersetzt. Die Wiedergabe der Artikel bedeutet keine Zustimmung mit allen Ausrücken und Inhalten!

m.p. = meltingpot.org

Da der Rundbrief ehrenamtlich erstellt wird kommt es leider immer wieder zu Zeitverzögerungen. Der zweite Teil des Rundbriefes folgt Ende Juli.

1. „Lager“

(Pisanu si candida a Bari e apre il CPT – m.p. 6874, 7 März)

Eröffnung einer neuen Abschiebehäft in Bari

Am 6. März hat das Abschiebungshaftlager Bari offiziell geöffnet. Ohne großen Widerstand haben die Mitarbeiter vom Betreiber Misericordia und die Polizei das Zentrum bezogen.

Der Verein ´Rete No CPT´ Bari, die Kommunistische Partei und Demokratische Linke haben eine Kundgebung organisiert, an der aber nur wenige Leute teilgenommen haben. Die Kirche selbst und sogar die Polizeigewerkschaft haben sich seit langem gegen das CPT ausgesprochen. Die Eröffnung kann als Teil der Wahlkampagne gesehen werden, bedenkt man, dass (Ex-) Innenminister Pisanu der Spitzenkandidat der CdLs (Recht-Koalition) für die Senatswahlen in Bari ist.

(In Europa aperti 170 centri. La sinistra: sono tutti lager – m.p. 6980, 8 März)

Europäische Linkspartei: 170 Lager in Europa

In der Sitzung des Europäischen Parlaments vom 7. März hat die G.U.E. (Europäische Linke Gruppe) die Schließung aller Abschiebungshaftanstalten in Europas gefordert. Laut den G.U.E. Mitglieder ist die administrative Inhaftierung eine der Schlimmsten, die

Haftbedingungen sind schlechter als in einem Strafgefängnis, und diese Abschiebungsknäste beeinflussen das Migrationsphänomen nicht! Außerdem sollte sich Europa mehr um die Verbesserung der gemeinsamen Aufnahme kümmern, anstatt eine geeinte Abschiebungspolitik zu fordern.

(CPT, l'informazione negata – m.p. 7032 und 6969 , 23. – 29. März)

CPT: die negierte Information

Eine Vereinigung von Journalisten sowie freie Journalisten haben dem italienischen Innenministerium zwei Aufrufe geschickt. Die italienische Presse fordert Erklärungen über den Verstoß gegen das Informationsrecht, den die Regierung systematisch betreibt, indem sie den Journalisten z.B. den Zutritt in die Abschiebungsknäste verbietet.

Das Innenministerium hat schon bei zahlreichen Klagen behauptet, dass laut Art. 21 der Verfassung der Eintritt nur für Familienmitglieder, Seelsorger, Anwälte und Mitarbeitern von Botschaften erlaubt ist.

Es scheint dabei zu vergessen, dass auch Parlamentäre und Journalisten Zutrittsrecht zu öffentlichen Strukturen haben – als Beobachtung – und Informationsinstanzen und im Interesse der ganzen Gesellschaft. Noch mehr, Art. 21 der Verfassung verbürgt das Informationsrecht als Menschenrecht. Das widerrechtliche Regierungsverhalten beweist mit peinlicher Augenscheinlichkeit, dass es etwas zu verstecken gibt.

(Comunicato stampa dell' A.S.G.I.– m.p. 6877)

Presserklärung von A.S.G.I. (Verein für juristische Studien zur Migration) über CPTs

Durch eine Presserklärung hat A.S.G.I. noch einmal unterstrichen, dass CPTs offene Wunden im italienischen Recht sind. Solche Strukturen seien 'verwaltete Gefängnisse', in denen Leute ohne kriminelle Vergehen festgehalten werden. Außerdem gebe es dort keine Rechtsgarantien: letztendlich seien CPTs nur Kontrollmittel für die Immigration.

A.S.G.I. befürchtet, dass in Gradisca mehrere Menschen, die ohne Papiere die Grenze übertreten haben, festgehalten werden, egal ob sie von Abschiebung bedroht sind – das wäre gegen die Verfassungsprinzipien!

1a. Lampedusa

(Presseerklärung U.N.H.C.R., m.p. 6885, 10 März)

Vereinbarung Innenministerium – UNHCR über Lampedusa

UNHCR hat mit dem Innenministerium die Anwesenheit eines UNHCR-Mitarbeiters auf Lampedusa vereinbart. Beide Seiten haben sich bereit erklärt zusammen zu arbeiten, um Asylsuchende effektiver zu beraten und unterstützen. UNHCR wird die Aufgabe übernehmen, die MigrantInnen, die in Lampedusa landen, über das Asylverfahren zu beraten und traumatisierte Flüchtlinge zu unterstützen. IOM und Rotes Kreuz werden ebenfalls mitarbeiten.

1b. Gradisca

GRADISCA – Abschiebungshaft an der slowenischen Grenze – CHRONIK März 2006

28.02 – 01.03 : *Eröffnung?*

Am 28. Februar war das C.P.T. Gradisca bereit für die Eröffnung. Berichte der Wenigen, die in dem Zentrum waren, geben das Bild eines Hochsicherheitsgefängnisses: Gitter an den Fenstern und in den Fluren, Stahltüren, in den Zimmern sind Betten und Stühle am Boden angeschraubt, das ist die einzige Einrichtung. Kameras überall, die Fernseher sind eingemauert. Alles wird Tag und Nacht überwacht. Es gibt weder Lichtschalter noch Fenstergriffe. Feuerfluchtwege enden in geschlossenen Höfen.

AktivistInnen aus der Zivilgesellschaft und aus den Institutionen haben am 27.3. nachmittags vor dem Zentrum mobilisiert, um die Eröffnung mit friedlichen Mitteln zu blockieren und noch mal zu unterstreichen, dass die Eröffnung vom Innenministerium gegen den Willen der Provinz Gorizia und der Region Friuli–Venezia–Giulia entschieden wurde. Beide Institutionen haben deswegen am T.A.R. (Verwaltungsgericht) geklagt. Die Eröffnung sollte laut eines Teils der DemonstrantInnen nicht stattfinden oder zumindest verschoben werden, bis das T.A.R. eine Entscheidung getroffen hat und die Wahlen vorbei seien.

Ein weiterer Grund der Besetzung war der Protest gegen den Verein Minerva, der den Auftrag für die Betreuung erhalten hat: es ist unklar, wie das geschehen konnte, da Minervas einen Kostenvoranschlag in Höhe von 75 € pro Tag/pro Person abgegeben hat, während zum Beispiel das Croce Verde (grünes Kreuz) 35 € berechnet hat! Außerdem wurde der Betreibervertrag an Minerva gegeben, bevor die Ergebnisse der Ausschreibung allen Mitbewerbern bekannt gemacht wurde.

Am 28.2. hat die Polizei die DemonstrantInnen brutal attackiert: Alessandro Metz, Mitglied der Grünen im Consiglio Regionale (Landtag), wurde auch mit einem Schlagstock auf den Kopf geschlagen, während er versuchte, zwischen DemonstrantInnen und Polizei zu vermitteln. Alle politischen Fraktionen des Landtags haben eine Deklaration unterschrieben, in der klar gemacht wird, dass sie den Protestaufruf unterstützen und noch mal unterstreichen, dass die Eröffnung gegen ihren Willen stattgefunden hat. Der einzige „Streitpunkt“ untereinander war die Solidarität zu Metz: in dem Dokument wird die Solidarität zu Metz, aber auch zu zwei verletzten Polizisten ausgesprochen. Laut Rifondazione Comunista (eine der kommunistischen Parteien) ist das ist eine unannehmbare Vermischung zwischen Überfallenen und Überfallenden.

Die Besetzung ist am 1. 3. abgebrochen worden, nachdem das Ziel der Verschiebung der Eröffnung erreicht wurde.

02.03 : *Besuch von Tiziana Valpiana*

Am 02.03 hat Tiziana Valpiana (Parlamentarierin der Rifondazione Comunista und Mitglied der Kommission ‚Soziale Instanzen‘ und des Bundestags ‚Kommission für Kindheit‘) das CPT Gradisca besucht. In der Presse unterstreicht Valpiana, dass solche Strukturen keine Existenzberechtigung haben dürften, da in ihnen Leute inhaftiert werden, die keinerlei Verbrechen verübt haben. Außerdem hat V. ihre Sorge aufgrund der Betreiberorganisation Ausdruck verliehen: Die MitarbeiterInnen, die für Minerva arbeiten werden, haben keine Erfahrung in der Migrationsarbeit, und – was am schlimmsten ist – Minerva hatte schon im Vorfeld geäußert, dass sie auch Minderjährige in der Struktur aufnehmen werden, was deutlich gegen Internationales Recht verstößt!

07.03: *Eröffnung*

Am 07. 03. sind die ersten Illegalisierten ins CPT Gradisca gebracht worden. Diesmal haben die Proteste die Eröffnung nicht verhindern können. Die erste 9 „Gäste“ sind in Bozen, Parma und Brescia erwischt worden, was auch gegen die Verabredungen zwischen Region und Regierung verstößt – danach hätten nämlich nur Illegalisierte aus Friuli Venezia Giulia in Gradisca festgehalten werden sollen. Der Regionspräsident Illy und der Regionsrat Antonaz haben sich deswegen laut und deutlich wegen der Unzuverlässigkeit Innenministers Pisanus beschwert. Laut beiden wäre diese Eröffnung nur ein Ausdruck der Macht der Regierung, die respektlos gegen den Willen der Regionsinstitution und des Volks agiert.

08.03: *T.A.R. Entscheidung in Fall Minerva*

T.A.R. Friuli Venezia Giulia hat die Entscheidung der Croce Verde – Klage gegen die Vergabe des Betreiberauftrags an Minerva – bis zum 21.6. verschoben. Bis dahin wird Minerva das CPT betreiben. Croce Verde hat aber abgelehnt, für eine Schließung des CPT bis zu diesem Termin zu klagen.

10.03: *Anna Donati besucht Gradisca*

Senatorin Anna Donati hat das CPT Gradisca besucht. Die Verwaltung sei ihrer Meinung nach unter humanitären Gesichtspunkten in Ordnung. Aber Donati hat noch mal unterstrichen, dass mehrere der 22 Insassen jahrelang in Italien gewohnt haben: ihre Illegalität war Folge von rechtlicher Ignoranz.

Die Friedensrichter in Gradisca haben sich beim Innenministerium beschwert: die CPT-Eröffnung hätte den Arbeitsaufwand erheblich erhöht, so dass es ihnen unmöglich ist, sich effektiv mit den Fällen zu beschäftigen.

Ein rumänischer Bürger wurde heute freigelassen: der Haftbeschluss hatte nicht berücksichtigt, dass nach den Vereinbarungen zwischen Italien und Rumänien Rumänen ein Recht auf ein dreimonatiges Visum in Italien haben. Der Inhaftierte war an der Grenze wegen illegaler Einreise festgenommen worden!!!

18.03: *Aufruf zum Widerstand*

Die Vereine, die gegen CPT Gradisca protestieren, haben einen neuen Aufruf an die Zivilgesellschaft gerichtet. Die Gründe des Widerstands bleiben dieselbe, da sich nichts verändert hat. Der Widerstand wird zusammen mit slowenischen antirassistischen Gruppen organisiert. Am Nachmittag haben wieder 1000 Menschen in Gradisca gegen das CPT demonstriert.

31.04: *7 Inhaftierte freigelassen*

7 Inhaftierte über 55 Jahre (sprich 13%) sind freigelassen worden, da sie gar nicht illegal waren.

04.04: *TAR Lazio lehnt die Klage von Region Friuli und Provinz Gorizia gegen CPT Gradisca ab*

TAR Lazio hat am 4.4. die Klage gegen CPT Gradisca abgelehnt. Provinz Gorizia und Region Friuli Venezia Giulia hatten wegen Verwaltungsfehlern vor allem in der Prozedur der Vergabe der Betreiberverträge vor der Eröffnung geklagt. Beide Klagen wurden zurückgewiesen: die Provinz habe die Frist überschritten, die Region hätte laut TAR schon seit langem Kenntnis

über das Projekt und die Eröffnung und hätte sich früher dagegen positionieren sollen – das wurde jedoch auch mehrmals telefonisch und brieflich beim Innenministerium gemacht.

2. Abschiebungs- und Flüchtlingspolitik: Charter – Libyen – Nordafrika

(Deportazioni e respingimenti, indagato il ministro Pisanu – art. 6969 m. p. 16 März
Pisanu, il pm chiede l'archiviazione – m.p. 7015, 26 März)

Innenminister Pisanu angefragt wegen Abschiebungen nach Libyen

Als Folge einer Anzeige eines Verstoßes gegen die internationalen Bestimmungen und gegen das Aufenthaltsgesetz wurde der Innenminister Pisanu im Fall der Rückschiebungen nach Libyen angezeigt. Durch die Anzeige gegen Unbekannt hatten schon im Juli 2005 31 Parlamentäre gegen die Massenabschiebung (mindestens 1300 Menschen waren betroffen) nach Libyen geklagt, die nach den Anlandungen in Lampedusa im den Sommern 2004 und 2005 stattgefunden haben; solche Massenabschiebungen wurden ohne die Überprüfung von möglichen Menschenrechtsverletzungen oder Lebensgefahr für die Abgeschobenen durchgeführt. Pisanu war wegen Unterlassung von seinen Pflichten beschuldigt worden. Dazu hat die Staatsanwaltschaft Rom in März beantragt, die Vermutungen gegen Pisanu zu den Akten zu legen. Das Innenministerium hätte mehrmals das Parlament über die Notwendigkeit aufgrund der Massenankünfte aufmerksam gemacht. Was nicht berichtet wurde zähle zur politischen Diskretion. Pisanu kommentierte das Ganze mit der Notwendigkeit von Abschiebungsknäten, da sonst alle Illegalisierten frei rumlaufen würden. Die Entscheidung zu dem Fall ist in das nächsthöhere Gericht abgegeben worden.

(Lampedusa- Respingimenti di massa effettuati cin aerei civili – m.p. 5020, 17. März)

Presseerklärung C.I.R.s (italienischer Flüchtlingsrat) über Massenabschiebungen nach Libyen

C.I.R. drückt seine Sorge über die Abschiebung von 90 Ausländern nach Libyen aus.

Die Abschiebung wurde von Air Adriatic (Kroatien) durchgeführt; im Flugzeug saßen außer den Ausländern Polizisten und Air Adriatic Beamte.

Die Abgeschobenen – unter ihnen Iraker und Palästinenser – waren zusammen mit 1100 Personen in Lampedusa gelandet. Laut Anwalt Giorgio Bisagna wurde das Gesetz gebrochen, da der Abschiebungsbeschluss nicht übersetzt und den Menschen nicht ausgehändigt wurde. Außerdem wurde der Beschluss nicht wie vorgeschrieben vom Friedensrichter bestätigt. Massenabschiebungen sind laut der Europäischen Menschenrechtsvereinbarungen rechtswidrig und verstoßen damit auch gegen das Italienische Gesetz. Durch die Abschiebung wurde auch das Recht der Flüchtlinge auf Asylantragstellung gebrochen.

C.I.R. fordert deshalb die Regierung auf, die Massenabschiebungen nach Libyen sofort zu stoppen.

(Gruppo Itway informatizza le frontiere in Libia – m.p. 6966 , 14. März)

Itway wird die Grenzen Libyens technologisieren

Der Business- und Verein, ein Mitglied der Itway-Gruppe, wurde vom Innenministerium Italiens beauftragt, die technische Kontrolle an Libyens Grenzen durchzuführen. Die Verwaltung von Ausweisen und Reisepässen, Fingerabdruckerkennungssysteme und Grenzkontrollen werden bis Ende 2007 automatisiert. Der Kostenvoranschlag beträgt 5 Millionen Euro.

(L'intesa Italia-Libia? Non è mai esistita – m.p. 7016, 26. März)

Keine geheime Vereinbarung Italien-Libyen

Eine Vereinbarung zwischen Italien und Libyen zur Rückschiebung hat es nie gegeben. Rückschiebungen wurden laut Innenministerium nach Prinzipien des Internationalen Rechts durchgeführt, laut denen jeder Staat verpflichtet sei, die Menschen, die aus seinem Territorium ausgereist sind, zurückzunehmen. Komisch nur, dass ein solches Prinzip in internationalen Bestimmungen nirgendwo zu finden ist.

3. Migrationspolitik

(Afgani senza asilo politico in Italia – m.p. 6658)

Afghanen im Hungerstreik wegen Asyl

Ab 6. Februar haben einige Afghanen einen Hungerstreik vor dem UNHCR – Sitz in Rom begonnen. Grund des Protestes ist die Ablehnung der Asylanträge mehrerer Afghanen, die größtenteils zur Hazara-Ethnie gehören. Diese haben eine lange Geschichte von Verfolgung im Land. Laut der italienischen Regierung, wäre jetzt Afghanistan ein sicheres und befriedigtes Land, obwohl die Nato Anfang Februar noch mehr Kräfte in der Region Geschickt hat.

(Corte di Cassazione, basta con le espulsioni a catena – m.p. 6663, 8. Februar)

Corte di Cassazione: Keine Kettenabschiebungen mehr

Das Kassationsgericht hat festgesetzt, dass keine Straftat besteht, wenn sich MigrantInnen trotz mehrerer Abschiebungsbeschlüsse immer noch in Italien aufhalten. Es liege in den Aufgaben der Polizei, die Betroffenen ab dem 2. ausgestellten Beschluss an die Grenze zum Zwecke der Ausreise zu begleiten, da man nicht davon ausgehen kann, dass eine Person, die schon beim ersten Mal nicht selber ausgereist ist, es beim nächsten mal tun wird.

(Circolare Ministero dell' Interno– m.p. art. 6867, 7. März)

Innenministerium mahnt die Polizei wegen Inhaftierung von Asylsuchenden

Durch einen Runderlass des Innenministeriums an alle Polizei- und Grenzschutzämter ist noch einmal verdeutlicht worden, dass das Festhalten von Asylsuchende laut Gesetz nur bindend ist, wenn der Antrag als Folge einer Festnahme wegen illegalem Grenzübertritt gestellt wurde oder schon ein Abschiebungsbeschluss besteht. Außerdem erinnert der Runderlass daran, dass Asylsuchende in Identifikationszentren (Centro di Identificazione) und nicht in Abschiebungshaft (Centro di Permanenza Temporanea) festzuhalten sind. Mit diesem Schreiben mahnt das Innenministerium die immer weiter ausufernde Praxis, alle Asylsuchende, die sich illegal in Italien aufhalten, in Abschiebungshaft festzuhalten.

Rechercheise durch Sizilien und Kalabrien April–Mai 2006 – Judith Gleitze und Silja Klepp führten für Pro Asyl Gespräche mit FlüchtlingsaktivistInnen. Nachfolgend der Artikel zur Fahrt, der in Auszügen am 5.7.06 in der Frankfurter Rundschau erschienen ist. Der gesamte Text ist auch auf den Homepages von Pro Asyl (www.proasyl.de) und dem Flüchtlingsrat Brandenburg (www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/asylpolitik) zu finden.

In den Zonen der Rechtlosigkeit

Italiens Asylsystem ist geprägt von Willkür, Rechtsverweigerung und Isolation –Eine Reise durch Süditalien auf den Spuren afrikanischer Flüchtlinge

Judith Gleitze, Silja Klepp

Agneddu e sucu e finici `u vattiu' – 'Lamm und Soße und fertig ist die Taufe' besagt ein sizilianisches Sprichwort und es meint so etwas wie 'nach mir die Sintflut'. So beschreiben die Mitarbeiter der „Villa Exodus“, einem Heim für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Sizilien, die Einstellung der Polizisten, mit denen sie täglich zu tun haben. Diese staatliche Haltung ist bezeichnend für die Gesamtsituation, denn sie charakterisiert den Umgang mit Flüchtlingen und MigrantInnen in (Süd-) Italien – man will sie loswerden. Es interessiert nicht, was aus diesen Menschen wird, im Gegenteil: kann man sie nicht sofort zurückschieben, will man sie sich aus den Augen schaffen.

Dieser Artikel beschreibt, wie man in Italien vom Flüchtling zum Illegalen wird.

Bereits mit der Ankunft beginnt der Prozess des Umdefinierens. Flüchtlinge werden grundsätzlich erst einmal als „clandestini“ – als Illegale – behandelt, sagt Fulvio Vassallo, Jurist und Flüchtlingsaktivist aus Palermo. Fluchtgründe interessieren bei dieser Grundhaltung kaum. Deshalb ist die Chance, in Italien wirklich Schutz zu finden, für die meisten Flüchtlinge gering.

„Was deutlich wird, ist die Isolation der untergebrachten Menschen vom Rest der Welt. Das heißt, es gibt keine rechtsstaatlichen Garantien innerhalb des CPT“. Vincenzo Medici ist Anwalt in Crotona, einer geschichtsträchtigen Stadt an der Südküste Kalabriens. Was dieses abgelegene Örtchen so besonders macht? Hier liegt eines der größten multifunktionalen Zentren Italiens. Erstaufnahme, Identifikationszentrum und Abschiebungshaft in Einem. CPT ist die Kurzform für „Centro di permanenza temporanea“ – Zentrum für den zeitweiligen Aufenthalt – in dem die MigrantInnen landen, die das Land verlassen sollen. Darunter sind immer wieder auch Flüchtlinge, die nicht einmal die Chance hatten, einen Asylantrag zu stellen. Eine Zone der Rechtlosigkeit innerhalb des so genannten Aufnahmesystems Italiens, so Medici. Sergio Trolio, ebenfalls Anwalt für MigrantInnen und Flüchtlinge in Crotona und seine sizilianischen Kollegen sind der gleichen Auffassung: Der Zugang zum Asylverfahren wird oft verweigert. Ganz eindeutig, so die einhellige Meinung der Anwälte, sei dies bei Flüchtlingen aus Nordafrika: Menschen aus den Maghrebstaaten haben keinerlei Chance auf ein Asylverfahren, sie werden von den diensthabenden Polizisten einfach nicht zum Asylverfahren zugelassen.

Die gefährliche Reise

Sie kommen aus Äthiopien, Eritrea, dem Sudan, Ägypten, Tunesien, Marokko, Staaten, in denen es individuelle und kollektive politische Verfolgung gibt, aber auch Elend und Perspektivlosigkeit. Die Route über die Türkei wird – jedenfalls in Richtung Italien – nach Beobachtungen des Anwalts Trolio zurzeit kaum genutzt. So durchqueren in der letzten Zeit nun viele von denen, die in Italien anlanden, Libyen. Insbesondere Menschen aus den Staaten des subsaharischen Afrika sind oft Jahre unterwegs gewesen, bis sie Italien erreichen. Sie haben oft längere Zwischenaufenthalte in verschiedenen afrikanischen Staaten hinter sich, die ihrerseits Flüchtlingen entweder keinen verlässlichen Schutz gewähren oder keine Chance bieten, den Lebensunterhalt zu verdienen. Wenn ihre Lage prekär wird, ziehen die Menschen weiter in den nächsten Staat. Doch Libyen ist für viele immer wieder das Ziel, um von dort weiter nach Italien zu fahren.

Für die Flüchtlinge aus Äthiopien, Eritrea und dem Sudan führt der Weg durch die unwirtlichsten Wüstengebiete im libysch-sudanesischen Grenzgebiet. Die Gefahren, die Flüchtlingen hier drohen, stammen zum Teil noch aus der Zeit des britisch-deutschen Wüstenkrieges.

“Man kommt über Al Uweinat im Osten nach Libyen rein, unweit der sudanesischen Grenze. Dann durchquert man die Sahara, eine wenig frequentierte Straße, da sie voller Minen ist. Wir waren sehr viele, drei von uns verletzten sich, da sie nichts von den Minen wussten. Laute Schreie ließen uns anhalten, es handelte sich um ein Kind und zwei Männer. Sie bluteten und verstanden nicht, was ihnen zugestoßen war (...) Es gab keinen Arzt unter uns, wir zogen weiter und kurze Zeit später sah ich die Drei nicht mehr. Auf einem dieser Seelenverkäufer haben wir dann die letzte Etappe der Odyssee hinter uns gebracht. Bevor wir in Lampedusa ankamen, waren wir gut 5 Tage auf dem Meer, ohne Nahrung, ohne Wasser und ohne die Möglichkeit uns zu waschen.“

Die meisten möchten nicht über ihre Erlebnisse reden, doch wenn sie Vertrauen zu den Betreuern oder den Anwälten fassen, falls sie glücklicherweise Kontakt finden konnten, berichten sie – und alle diese Berichte ähneln dem des jungen Mannes, der schließlich in Kalabrien in eines der wenigen nationalen Unterbringungssysteme für Flüchtlinge aufgenommen wurde.

Um die 1000 € kostet die Überfahrt nach Sizilien, je nach Größe des Bootes. Erklärt sich ein Flüchtling bereit, den Bootsführer zu machen, kann der Preis gesenkt werden. Mit einem Kompass in der Hand und einer Flasche Wasser geht es los. Die meisten Flüchtlinge haben Menschen auf den Booten sterben sehen. Zurzeit kommen aus Libyen, so Vassallo mehr Boote mit ‚echten‘, professionellen Bootsführern, den so genannten scafisti, da die Polizei die Küste stark kontrolliert. Es liegt auf der Hand: Es bedarf der Korruption und mafioser Strukturen, um die Kontrollen zu umgehen. Ohne die professionellen Fluchthelfer gäbe es keine Möglichkeit, sich einzuschiffen. So nehmen es die Betroffenen hin, dass ihr Warten Monate dauern kann. Monate, in denen sie in den Quartieren wie Tiere zusammengepfercht werden, auch Frauen, Schwangere, Kinder. Ihre Hoffnung: Eines nachts zu erfahren, dass es losgeht – morgen, heute, in einer Stunde.

Das alles geschieht in Libyen unter den Augen nicht nur einzelner Polizeibeamter. Wenn sich innerhalb von 24 Stunden tausend Menschen einschiffen, dann kann das nicht unbemerkt bleiben – selbst an der langen libyschen Küste mit ihrem wüstenhaften Hinterland. Sollten die scafisti in Italien geschnappt werden, müssen sie nicht mit hohen Strafen rechnen, stattdessen wurde letztes Jahr ein ghanaischer Flüchtling, der den scafisto angezeigt hatte, sofort inhaftiert und wegen illegaler Einreise verurteilt, wie uns die Vertreter der „Ärzte ohne Grenzen“ in Agrigento berichten.

Manipulationen der Polizei/Schutzlos in Italien

Die meisten Boote landen auf Lampedusa. Erst seit dem der Journalist Fabrizio Gatti sich im Oktober letzten Jahres als Flüchtling getarnt nach Lampedusa einschleichen konnte, ist der Öffentlichkeit bekannt, was sich dort abspielt. Eine andere wichtige Quelle sind die Besuche von Parlamentariern. Vassallo, der diese mehrfach begleitet und dort mit Flüchtlingen

gesprächen hat, berichtet: „Alles spielt sich in den ersten 48 Stunden ab. Die Flüchtlinge kommen in Lampedusa an und die Polizei entscheidet nach einer gemeinsamen Anhörung der Angekommenen mit dem Dolmetscher der Polizei, ob diese Person eventuell zu einem Asylverfahren zugelassen werden kann oder nicht. Wenn niemand bereit ist, dein Anliegen in diesen ersten 48 Stunden zu protokollieren, findest du dich in einem Flugzeug wieder, das dich nach Libyen zurückfliegt, auch wenn du einen Asylantrag stellen willst. Es gibt keine Kontrolle. Ich weiß von Menschen aus Eritrea, die normalerweise einen Asylantrag stellen, die von Lampedusa nach Libyen zurückgeschoben worden sind und Libyen hat sie weiter nach Eritrea geschoben (...). Es gibt keine Information über das Asylverfahren und in Lampedusa gibt es keine Anwälte vor Ort, keine Richter. Wir wissen das alles nur, weil wir mit Parlamentariern in den CPT waren. Immer, wenn wir mit den Parlamentariern rein gegangen sind, haben wir Flüchtlinge getroffen, deren Asylanträge nicht protokolliert worden waren.“ Trollos Erfahrungen in Kalabrien sind ähnlich: Für Flüchtlinge aus Sudan oder Somalia führe man zwar meist ein Asylverfahren durch, aber für die nordafrikanischen Länder...Der Zugang wird entschieden von dem „Polizisten, der gerade da ist. Und natürlich vom anwesenden Übersetzer. Alles hängt vom Übersetzer ab. Die Polizisten können natürlich alle kein Arabisch. Deshalb vertrauen sie auf den Übersetzer. Die Übersetzer haben aber Anweisungen, die sie befolgen sollen und sie führen diese erste Einteilung der Ankommenden durch. Sie versuchen sie auszuweisen, wenn das möglich ist...“. Und Vassallo ergänzt: „Die Präfektur von Agrigento erstellt Abschiebungsverfügungen für alle. Alle, die aus Lampedusa kommen, erhalten sie seit Jahren. Und die Menschen bekommen die Abschiebungsverfügungen erst in dem Moment in die Hand, wenn sie ins Flugzeug gesetzt werden, sie haben kein Telefon, können niemandem vorlesen, was sie da bekommen haben“. Solche Verfügungen erhalten auch die, die dann ins Asylverfahren gehen, prophylaktisch.

Diesem System der systematischen Manipulation stehen Anwälte und Unterstützer der Flüchtlinge weitgehend hilflos gegenüber. Sie haben offiziell keinen Zutritt zu den Erstaufnahmen, den Identifikationszentren und zur Abschiebungshaft. Wo der Staat manipuliert, möchte er keine Zeugen haben. So können nur Parlamentarier – nationale und europäische – dafür sorgen, dass sich die Tür für kurze Zeit einen spaltbreit öffnet und einen Blick auf die Missstände ermöglicht. Doch dass die Praktiken danach kaum verändert weiter gehen, zeigt die Resistenz des italienischen Asylsystems und seiner politischen Protagonisten gegen jede Art von Kritik, auch wenn diese sich auf das Völkerrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention stützen kann. Es ist bezeichnend, dass dieses System aus Isolation, selektiver Zulassung zum Verfahren und völkerrechtswidrigen Abschiebungen nach wie vor ohne ein explizites Asylgesetz funktioniert: An verbrieft Regeln müsste sich der Staat eventuell halten.

Chaos mit System

Das italienische Asylsystem beruht z.T. auf dem so genannten Bossi-Fini-Gesetz zur Migration. Hier wurde mit Inkrafttreten im April 2005 festgelegt, dass Asylsuchende nach der Ankunft identifiziert werden müssen. Dazu bringt man sie in die „Centri di Identificazione – CDI“, die Identifikationszentren. Elf dieser Zentren sollte es inzwischen in Italien geben, ca. sieben von ihnen funktionieren tatsächlich, davon zwei in Sizilien und eines in Kalabrien. An diese CDI sind die territorialen Kommissionen zur Asylanerkennung angeschlossen, vor

denen das Asylgesuch vorgetragen wird. Das ganze System der Unterbringung in die diversen Zentren ist nicht einheitlich geregelt. Kommen z.B. im Sommer viele Flüchtlinge gleichzeitig an, werden auch schon mal MigrantInnen, Kinder und Schwangere mit ins CDI gesperrt – „emergenza“ nennt sich das Ganze, Notfall, und das italienische Asylsystem scheint ein Dauernotfall zu sein. Die CDI wie auch die Abschiebungshaftanstalten CPT, die meist auf dem selben Gelände liegen, sind geschlossene Zentren, zu denen niemand Zutritt hat – bis auf die Angehörigen der Botschaften der Herkunftsländer, wie immer öfter zu hören ist: „Diplomaten haben zur Identifizierung freien Zugang zu den CPT. Manchmal haben sie Listen mit den Fingerabdrücken von den Leuten dabei. Und es sind sicherlich auch Menschen darunter, die einen Asylantrag stellen wollten. Das heißt, ein potentieller Asylantragsteller wird von einem Beamten seines eigenen Landes identifiziert. Das kommt vor allem bei Ägyptern, Tunesiern, Marokkanern, eben den Ländern, mit denen eine enge Zusammenarbeit besteht, vor“, berichtet Vassallo.

5 Minuten entscheiden über die Zukunft

5 bis 10 Minuten. So viel Zeit haben die Flüchtlinge im Durchschnitt, ihr Asylbegehren darzulegen. Eine Farce, so die Meinung vieler Anwälte. Die territorialen Kommissionen für die Anhörungen setzen sich aus je einem Mitarbeiter der Präfektur, der Quästur, der Polizei, des Innenministeriums und – neuerdings auch stimmberechtigt – dem UNHCR zusammen. Die Anwesenheit von Dolmetschern ist nicht immer gewährleistet, manchmal sind Botschaftsangehörige des Herkunftsstaates anwesend. Nur wenn ein Anwalt zugegen ist, ändert sich die Situation ein wenig, zum Ärger einiger Kommissionsmitglieder, da dies die Sitzungen verlängert. Alle Anwälte bestätigen, dass die Anhörungen vor der Kommission mangelhaft und unfair sind. Anstatt die Fluchtgründe zu ermitteln, was zeitaufwendig wäre, werde versucht, Asylsuchende mit Fangfragen in Widersprüche zu verwickeln. Die Rolle des nun in die Prozedur eingebundenen UNHCR hatte Anwälten und Unterstützern zunächst Anlass zur Hoffnung gegeben. Doch inzwischen wird heftige Kritik geübt. Einige Anwälte machen UNHCR direkt dafür verantwortlich, dass das Verfahren weiterhin so restriktiv gehandhabt wird.

Abschiebung oder Illegalisierung

Von April 2005 bis Ende Februar 2006 wurden in Italien nur 6945 Asylanträge gestellt. Ca. 95 % der Anträge werden abgelehnt. „Also meiner Meinung nach gibt es da übergeordnete Weisungen: Diese Nationalitäten ja, andere nein, eine gewisse Anzahl von Personen, aber nicht mehr...Sie behandeln absolut nicht den Einzelfall!“, so der Anwalt Trolio über die Arbeit der Kommission. A.D. ist ein junger Mann aus der Elfenbeinküste, er hat in Crotona einen Asylantrag gestellt, der abgelehnt wurde. Wir schauen uns die Papiere der territorialen Kommission Crotona an: es wird deutlich, dass es sich um Textbausteine handelt, die inhaltlich nichts über den Einzelfall aussagen. Die Anhörung ist auf Italienisch protokolliert, eine halbe handschriftliche Seite. Die Ablehnung beinhaltet die Ausreiseaufforderung: Der Ausländer könne zur Sicherung der Ausreise nicht inhaftiert werden, da es nicht genügend Haftplätze gebe. Er habe den italienischen Staat innerhalb von 5 Tagen über den Flughafen Rom zu verlassen. Mitgegeben wird allen abgelehnten Flüchtlingen in Crotona ein Bahnticket – nach Salerno, gut 3 Stunden südlich vom angegebenen Ausreiseflughafen. Was sich die

Quästur von Crotone dabei denkt, bleibt auch für Trolio ein Rätsel, der einen ganzen Stapel solcher Akten auf seinem Schreibtisch liegen hat. Nicht alle haben das „Glück“, zwar illegal, aber frei zu sein, viele landen auch in der Abschiebungshaft. „Es gibt keinerlei Garantien für die Einhaltung bürgerlicher Rechte – Gefangene im Strafvollzug haben mehr Rechte als Abschiebungshäftlinge!“ so Medici über die Haftbedingungen in Crotone, wo er einige der Häftlinge vertreten hat. Auch er ahnt nur, wie schlimm der Zustand innerhalb der Haft wirklich ist, in den Gefangenenstrakt kommt er nicht. Wer dann von dort wohin abgeschoben wird, weiß keiner der Rechtsvertreter mit Sicherheit. Keine Rechte, keine Zeugen, kaum Rechtsschutz.

Allerdings: Auch aus der Haft kommen einige wieder frei. Mit der weiterhin geltenden Ausreiseaufforderung stehen sie jedoch rechtlos auf der Straße. So produziert das italienische System im Umgang mit Flüchtlingen immer mehr Menschen ohne legalen Status und ohne Papiere. Die Illegalisierten sind auf die Hilfe von nichtstaatlichen Organisationen und der Kirche angewiesen, denn dort tauchen die Betroffenen auf, die auf der Suche nach Schutz, Wohnung und Arbeit oft unter menschenunwürdigen Bedingungen in abbruchreifen oder besetzten Häusern leben. Ihre einzige Hoffnung: eine Legalisierungskampagne des Staates bietet ihnen irgendwann eine Chance, ein ‚normales‘ Leben zu führen.

Nicht nur Lamm und Soße stehen symbolisch für ein Ende – auch eine gute Hummerplatte kann einen Tag beschließen. Während letztes Jahr Hunderte von Flüchtlingen umgehend von Lampedusa in die Maschinen nach Libyen verfrachtet wurden, ließen es sich die an der Demontage des Flüchtlingsrechts beteiligten Polizisten ganz in der Nähe mit Meeresfrüchten gut gehen und beobachteten triumphierend die Abflüge. Verständnislos sitzt der palermitanische Anwalt des Italienischen Flüchtlingsrats an seinem Schreibtisch. Er hatte versucht, die Abschiebungen vor Ort zu verhindern. „Das war sehr bitter mit anzusehen, aber eine politische Lösung ist ja auch gar nicht gewollt.“

Tag für Tag führt die italienische Praxis der Entrechtung von Flüchtlingen mit ihrer spezifischen Mischung aus Willkür und politisch gewünschtem Chaos das internationale Flüchtlingsrecht ad absurdum. Die EU-Staaten, Partner im Prozess der europäischen Harmonisierung des Asylrechts, schweigen dazu. Es ist das Schweigen von Komplizen.

Ein ausführlicher Bericht zur Reise ist in Arbeit.

Frankfurter Allgemeine Zeitung Frankfurter Allgemeine Zeitung Politik

Gerichtsverfahren gegen Bierdel

Elias BIERDEL, geboren 1960, war Rundfunkjournalist, bevor er 2002 auf dessen Vorschlag hin Nachfolger Rupert Neudecks als Vorstand von Cap Anamur wurde.

anr. FRANKFURT, 4. Juli. Das Gericht von Agrigent auf der italienischen Insel Sizilien hat am Dienstag beschlossen, am 27. November die Hauptverhandlung gegen Elias Bierdel, den früheren Chef der deutschen Hilfsorganisation Cap Anamur, zu beginnen. Er und zwei Mitangeklagte werden beschuldigt, Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet zu haben. Sie hatten darauf gehofft, das Gericht würde das Verfahren am Dienstag einstellen. Cap

Anamur hatte im Juni 2004 37 Afrikaner im Mittelmeer an Bord ihres Schiffes "Cap Anamur" genommen. Das Schlauchboot der illegalen Einwanderer hatte nach Angaben der Hilfsorganisation Luft verloren; auch hätten die Afrikaner kein Trinkwasser mehr gehabt. Obwohl die Organisation anfangs anderslautende Angaben gemacht hatte, war die "Cap Anamur" offenbar zu dem Zweck im Mittelmeer unterwegs, illegale Einwanderer zu finden. Die Organisation, die auf Betreiben ihres damals neuen geschäftsführenden Vorstands Bierdel gerade für 1,8 Millionen Euro das Schiff gekauft und dieses aufwendig umgerüstet hatte, wollte mit der Aktion auf das Flüchtlingsproblem hinweisen.

Bierdel ging erst an Bord, als die Flüchtlinge schon auf dem Schiff waren. Die italienischen Behörden behaupteten, die Afrikaner seien an einer Stelle aufgenommen worden, die näher an Malta als an Italien gelegen habe. Sie gaben erst nach etwa drei Wochen Erlaubnis, in den sizilianischen Hafen von Porto Empedocle einzulaufen. Cap Anamur sagt, die italienische Insel Lampedusa sei näher als Malta an der Fundstelle gewesen. Die 37 Afrikaner wurden rasch ausgewiesen. An der von Cap Anamur übernommenen Darstellung der Flüchtlinge, sie seien Sudanesen, bestanden von Beginn erhebliche Zweifel. Bierdel und seine Mitangeklagten – der Kapitän des Schiffes sowie der Erste Offizier – wurden für einige Tage in Haft genommen. Das Schiff wurde beschlagnahmt. Es wurde jedoch nach sieben Monaten freigegeben. Bierdel hatte vergeblich gehofft, dies deute darauf hin, daß das Gericht auf die Eröffnung eines Hauptverfahrens verzichten könnte. Nach italienischem Recht können Schiffe von Menschenschmugglern verschrottet werden.

Bierdel war in Deutschland stark kritisiert worden, weil die "Rettungsaktion" als Medieninszenierung erschien. Auch der damalige Innenminister Schily hatte sich der Kritik angeschlossen. Als die "Cap Anamur" in Porto Empedocle einlief, trugen die Afrikaner T-Shirts mit dem Aufdruck "Cap Anamur". Bierdel stand in Siegerpose an Deck. Mit ihm waren Fernsehteams an Bord gegangen.

In dem Verein, den Rupert Neudeck 1979 gegründet hatte, um vietnamesische "Boat People" zu retten, war schon die Anschaffung des Schiffes umstritten gewesen. Zum Selbstverständnis der Organisation gehört es, möglichst geringe Fixkosten zu haben und sich so von größeren Hilfsorganisationen abzuheben. Bierdel geriet nach der Spendenaktion stark unter Druck und wurde nicht noch einmal zum geschäftsführenden Vorstand gewählt. Nun besteht der dreiköpfige Vorstand ausschließlich aus Ehrenamtlichen. Das Schiff wurde zu einem höheren Preis als dem Anschaffungspreis verkauft. Dennoch steht der Verein wegen des Image-Schadens seit der Aktion finanziell erheblich schlechter da als zuvor. Von zuvor etwa fünf Millionen Euro im Jahr sank das Spendenaufkommen 2004 nach Angaben der Organisation auf etwa drei Millionen Euro und betrug 2005 etwa 3,5 Millionen Euro. Cap Anamur wird fast nur von deutschen Privatleuten unterstützt. Am Kölner Sitz des Vereins hieß es am Dienstag, es sei ungewiss, ob erhebliche Geldstrafen auf die Organisation zukommen könnten. Haupteinsatzgebiete von Cap Anamur sind afrikanische Länder, insbesondere Uganda und Liberia, sowie Afghanistan, Indonesien und Haiti. Der Schwerpunkt liegt auf der medizinischen Versorgung.